

15 Geplanter Abriss eines uighurischen Wohnviertels in Beijing

Wie aus einer Hongkonger Quelle bekannt geworden ist, ist das letzte uighurische Wohnviertel in Beijing für den Abriss vorgesehen. Das so genannte „Xinjiang-Dorf“ ist im Ganjiakou-Viertel im Stadtbezirk Haidian nordwestlich des Stadtzentrums gelegen. Mehrere hundert Uiguren leben hier in einstöckigen Ziegelhäusern, die entlang einer etwa zwei Meter engen Gasse gebaut wurden, auf der sich ein Teil des kulinarischen Lebens der turkstämmigen Bevölkerung abspielt.

Einen Grund für den geplanten Abriss nannte die zuständige Stadtplanungsbehörde des Bezirks Haidian bislang nicht. Ein Vertreter der Chinesischen Akademie für Sozialwissenschaften schloss aus, dass ein Zusammenhang mit den Maßnahmen der parteistaatlichen Führung zur Bekämpfung der Aktivitäten von – in der offiziellen Sprachregelung – uighurischen „Terroristen“; die in Beijing lebenden Uiguren würden nicht als potenzielle Terroristen betrachtet.

Im vergangenen Jahr war ein anderes, im Viertel Weigongcun gelegenes „Xinjiang-Dorf“ abgerissen worden. Die Stadtplanungsbehörden hatten den Schritt damals mit Behinderungen des städtischen Verkehrs und anderen Störungen begründet, die angeblich von dem Wohnviertel ausgingen. Damit ist das „Xinjiang-Dorf“ in Ganjiakou das letzte in Beijing verbleibende Wohnviertel von Uiguren.

Unklar ist, wo die betroffenen Familien eine neue Unterkunft finden werden. In der Mehrzahl handelt es sich um Migrantenfamilien, die in die Hauptstadt gezogen sind, um dort Handel zu treiben oder ein Restaurant zu eröffnen. Nach Aussagen eines der Betroffenen sollen die Bewohner des Wohnviertels nach Changping, einem Vorort im Norden Beijings, umgesiedelt werden. (SCMP, 26.11.02) -hol-

Wissenschaft, Bildung, Gesellschaft, Kultur

16 XVI. Parteitag: Ambivalente Stellung von Bildung und Wissenschaft

Die internationale Situation erfährt derzeit grundlegende Veränderungen, stellte Generalsekretär Jiang Zemin am Beginn seines Berichts auf dem XVI. Parteitag fest, der vom 8. bis 14. November 2002 stattfand (engl. Übers. der längeren schriftlichen Fassung in RMRB engl. online, 18.11.02). Wesentlicher Teil dieser Veränderungen sei der rasante Fortschritt in Wissenschaft und Technologie, der China dazu zwingt, die sozialistische Modernisierung zu beschleunigen, wolle es nicht im internationalen Wettbewerb zurückfallen.

Diesem Credo entsprechend finden sich Aussagen zur Bedeutung von Wissenschaft, Technologie und Bildung in nahezu allen Kapiteln der Rede. Nachdem Jiang zunächst auf die Erfahrungen der Vergangenheit eingeht, kommt er im zweiten Kapitel auf seinen eigenen theoretischen Beitrag, die „Drei Repräsentationen“, zu sprechen. Diese, so betont er, seien erarbeitet worden auf der Basis einer wissenschaftlichen Beurteilung der historischen Position der Partei. Innovation sei die Grundlage des nationalen Fortschritts und theoretische Innovation, basierend auf der Praxis, gehe der sozialen Entwicklung und gesellschaftlichen Veränderung voraus. Dementsprechend müsse auch die soziale Basis des Sozialismus bzw. der Kommunistischen Partei erweitert werden. Zusätzlich zur Arbeiterklasse, die die intellektuellen einschließe, hätten sich weitere soziale Kräfte zu Erbauern des Sozialismus mit chinesischen Merkmalen entwickelt. Und er nennt neben den Privatunternehmern, denen die volle Aufmerksamkeit der westlichen Medien gilt, auch das technische Personal in nichtstaatlichen und ausländischen Unternehmen. Insgesamt müsse eine soziale Umgebung geschaffen werden, in der alle Menschen in China ermutigt würden, ihre Kräfte zur Ent-

wicklung u.a. von Wissen und Technologie freizusetzen. Mit Hilfe der „Drei Repräsentationen“ müsse die ganze Partei zur Innovation befähigt werden, nicht nur theoretisch, sondern auch praktisch, um so die sozialistische Modernisierung voranzubringen.

Bestandteile einer Gesellschaft von „bescheidenem Wohlstand“, deren Errichtung das dritte Kapitel gewidmet ist, sind laut Jiang auch ein modernes nationales Bildungssystem, ein wissenschaftliches, technologisches und kulturelles Innovationssystem sowie ein landesweites Gesundheitssystem. Die ideologischen und ethischen Standards der Bevölkerung müssten ebenso wie ihre wissenschaftlichen und kulturellen Qualitäten sowie ihre Gesundheit deutlich verbessert werden. Jiang spricht in diesem Zusammenhang von der Schaffung einer „lernenden Gesellschaft“: Lebenslanges Lernen werde die umfassende Entwicklung beflügeln.

Die deutlichsten Aussagen zur Bedeutung von Wissenschaft und Bildung trifft Jiang in diesem Kapitel, wenn er auf die Hauptaufgaben der kommenden zwei Dekaden zu sprechen kommt. An erster Stelle fordert er dazu auf, einen neuen Weg der Industrialisierung einzuschlagen und die Strategie zu verfolgen, das Land mittels Wissenschaft und Erziehung zu verjüngen sowie diese Entwicklung dauerhaft zu gestalten. Die Anwendung der Informationstechnologie sei die logische Wahl, wenn Industrialisierung und Modernisierung beschleunigt werden sollen. IT-Anwendungen sollten daher verstärkt angeregt und genutzt werden. Dies werde nicht nur bessere wirtschaftliche Ergebnisse bringen, sondern auch den Ressourceneinsatz und damit die Umweltverschmutzung verringern.

Die industriellen Strukturen müssten dementsprechend optimiert werden, damit die Hightech- und neuen technologischen Industrien die Führung übernehmen könnten. „We must give priority to the development of the information industry and apply IT in all areas of economic and social development.“ Traditionelle Industrien müssten mit Hilfe neuer Technologien umgebaut werden, wobei Jiang wohl nicht zuletzt mit Blick auf den Arbeitsmarkt ergänzt, eine gesunde Ba-

lance zwischen den traditionellen und den neuen, zwischen kapital- und arbeitsintensiven Industrien müsse erhalten bleiben. Im Einzelnen fordert er den Ausbau der Grundlagenforschung und der Forschung in Hightech-Bereichen, die Förderung von Innovationen und der Anwendung von Schlüsseltechnologien, die weitere Reform des Wissenschaftsmanagements und der Verwaltung von Wissenschaft, Technologie und Erziehung, mehr Raum für Risikokapital bei der technologischen Entwicklung, die Verbesserung der intellektuellen Property Rights sowie die Priorisierung dauerhafter Entwicklungen.

Der Erziehung und Bildung ist ebenfalls weiter Raum gegeben, und zwar in Kapitel 6 zur kulturellen Entwicklung. Teil des Aufbaus einer Gesellschaft von „bescheidenem Wohlstand“ sei die Entwicklung einer kulturellen und geistigen Zivilisation. Kultur stehe dabei in der heutigen Welt in einem interaktiven Verhältnis zu Ökonomie und Politik und bekomme eine immer herausragendere Rolle für die nationale Wettbewerbsfähigkeit. Daher bedeute die Entwicklung einer fortschrittlichen Kultur im gegenwärtigen China die Entwicklung einer nationalen, wissenschaftlichen und populären sozialistischen Kultur, die auf die Bedürfnisse der Modernisierung ausgerichtet sei. Die richtige sozialistische Ideologie sei dabei Richtschnur. Durch die Befolgung des Prinzips des Wettstreits der hundert Schulen könnten die zeitgemäßen Themen herausgestrichen und zugleich Diversität ermutigt werden. Die Menschen in China sollten weiter mit wissenschaftlicher Theorie bewaffnet, mit der korrekten Anleitung durch die Medien versorgt, von hohen Idealen beflügelt und durch exzellente literarische und künstlerische Werke inspiriert werden.

Bildung sei die Grundlage der wissenschaftlichen und technologischen Fortschritte und der Qualifikation der Menschen. Ihr müsse daher die strategische Priorität in der Entwicklungsagenda eingeräumt werden: Innovationen im Bildungswesen sollten ermutigt und die Bildungsreformen vertieft werden, um Hunderte von Millionen hochqualifizierter Arbeiter und mehrere Zehnmillionen von Spezialisten sowie ein große Gruppe von Spitzenkräften im Bereich der Innovation

heranzubilden; die Reihen der Lehrer sollten erweitert und ihre professionelle Ethik und Kompetenz erhöht werden; die 9-jährige Pflichtschulzeit sollte überall in China verwirklicht, die Berufsausbildung intensiviert, Weiterbildungsangebote ausgebaut und ein System lebenslangen Lernens geschaffen werden. Dafür müssten die finanziellen Inputs in die Bildung erhöht und auch die Unterstützung für die ländliche Bildung und von privaten Bildungseinrichtungen verstärkt werden; der Staat sollte mehr zur Unterstützung von Studenten in Notlagen tun. Es gelte ein langfristiges Programm der wissenschaftlichen und technologischen Entwicklung zu formulieren und die Forschungsinfrastruktur zu verbessern. Dabei müsse auf die Geistes- und Naturwissenschaften gleichermaßen Gewicht gelegt werden. Insgesamt sei es essenziell, in der chinesischen Gesellschaft eine Atmosphäre zu schaffen, die der Förderung von Wissen diene, Innovation fördere und pseudowissenschaftlichen Ansichten entgegenwirke.

Weitere Aussagen zur Bedeutung von Technologien, speziell von IT-Anwendungen, sowie von angemessener Ausbildung und Bildung trifft Jiang in Kapitel 7 zur militärischen Modernisierung. Es müsse die Strategie verfolgt werden, mittels technologischen Fortschritts eine starke Armee zu errichten. Dafür müssten nicht nur die Militärakademien und -schulen ihre entsprechenden Ausbildungsgänge intensivieren, sondern es müsste auch die Umstrukturierung der verteidigungsbezogenen Bereiche von Wissenschaft, Technologie und Industrie vorangetrieben werden, um die Entwicklung von entsprechenden modernen Waffen und Ausrüstungen zu beschleunigen.

Insgesamt wird in der Rede Jiang Zemins damit der Entwicklung von Wissenschaft, Technik und Bildung ein relativ hohes Gewicht beigemessen. Dennoch kann nicht uneingeschränkt davon gesprochen werden – wie dies nach dem XV. Parteitag der Fall war –, dass Wissenschaft und Technik als Kennzeichen der Reform- und Öffnungspolitik besonders breiter Raum eingeräumt wurde. Trotz der oben genannten programmatischen Aussage Jiang Zemins zur Rolle von Wissenschaft und Technik für

die internationale Wettbewerbsfähigkeit Chinas scheint die Durchsetzung der „Drei Repräsentationen“ für ihn letztlich von größerer Wichtigkeit gewesen zu sein. Nicht nur dass die verschiedenen Aussagen zu Wissenschaft und Bildung in der Rede sehr verstreut sind und außer im Falle des propagierten „neuen Weges“ der Industrialisierung kaum an prominenter Stelle gemacht werden. Auch gibt es keinerlei Hinweise auf mögliche Entwicklungen seit dem XV. Parteitag, geschweige denn Angaben zu konkreten Projekten. Die Ausführungen ähneln damit relativ stark denen von vor fünf Jahren (vgl. C.a., 1997/9, Ü 12-14). Und nicht zuletzt waren 1997 die bildungspolitischen Ziele noch dadurch unterstrichen worden, dass mit Li Lanqing ein prononcierter Befürworter des technologischen Fortschritts in das Ständige Komitee des Politbüros gewählt worden war. Jetzt musste Li dieses Gremium aus Altersgründen verlassen. Seine Position soll möglicherweise künftig Huang Ju einnehmen (www.asianresearch.org/articles/988.html, 6.12.02). Huang Ju ist Parteivorsitzender in Shanghai; und dessen Bürgermeister wies gleich am ersten Tag des Parteikongresses in Gruppendiskussionen auf die Entwicklungsstrategie Shanghais hin, die sich besonders auf die Entfaltung von Wissenschaft und Technologie stütze (www.16congress.org.cn/english/features/48370.htm, 6.12.02). Eine spezielle Pressekonferenz zum Thema wurde jedoch nicht gegeben.

Diese Bemerkungen sollen nicht zu der Schlussfolgerung verleiten, Wissenschaft und Technik würden in China künftig an Bedeutung verlieren. Immerhin wurde in dem 10. Fünfjahresplan für die Zeit von 2001 bis 2005 überhaupt erstmalig die Industrialisierungsstrategie mit Fokus auf Hightech und IT-Technologien formuliert. Auch gehen Wissenschaftler davon aus, dass die „Drei Repräsentationen“ die Produktivkräfte befreien würden (XNA, 9.11.02, in BBC PF, 9.11.02). Angesichts der großen Probleme im Bildungswesen oder bei der industriellen Verwertung wissenschaftlicher Erkenntnisse stimmt es jedoch bedenklich, wenn die KP darauf verzichtet hat, von ihrem Parteitag aus deutlichere Signale für eine Verstärkung der Bildungs- und Forschungspolitik zu senden. -gs-

17 Plan zur Verbesserung der öffentlichen Gesundheitsversorgung in ländlichen Gebieten

In einer Rede vor der Nationalen Konferenz zur öffentlichen Gesundheit in ländlichen Gebieten, die am 29. Oktober in Beijing eröffnet wurde, stellte der stellvertretende Ministerpräsident Li Lanqing ein umfangreiches Programm zur „weiteren Verbesserung der ländlichen Gesundheitsversorgung“ vor (Bericht in RMRB online, 30.10.02; Abdruck der Rede in RMRB online, 1.11.02). Er bezog sich dabei auf eine Entschließung von ZK und Staatsrat zur weiteren Stärkung der ländlichen Gesundheitsarbeit, auf die auch Präsident Jiang Zemin in einem Brief an die Konferenz hinwies (RMRB engl. online, 30.10.02; Text in GMRB, 30.10.02). Diese Entschließung nennt, nachdem sie zunächst die „Drei Repräsentationen“ als Leitidee der ländlichen Gesundheitsarbeit formuliert hat, sechs Ziele für die verbesserte medizinische Versorgung der Landbevölkerung: eine Verstärkung der öffentlichen Anstrengungen, den weiteren Ausbau eines Unterstützungssystems, vermehrte Investitionen, den Aufbau eines kooperativen Gesundheitssystems, die stärkere Kontrolle über Medikamente sowie die Verbesserung der politischen Leitungsarbeit.

Li wies gleich am Beginn seiner Rede auf die Bedeutung der Gesundheitsversorgung der Landbevölkerung hin. Sie – er nannte vor allem die Verbesserung der hygienischen Bedingungen und des Gesundheitsstandes der Bauern – stelle einen wesentlichen Bestandteil der Arbeit der Kommunistischen Partei im ländlichen Raum dar und sei von großer Bedeutung für die weitere Vertiefung der Landreformen. Zwar zeichnete er zunächst ein äußerst euphemistisches Bild der Reformen im ländlichen Gesundheitswesen seit 1949, kam dann aber unmittelbar auf die Probleme zu sprechen.

Die Zahlen, die Li hinsichtlich der Steigerung des Versorgungsniveaus seit der Gründung der Volksrepublik nannte, sind durchaus beachtlich. Ende 2001 hatte China im ländlichen Raum insgesamt 2.018 allgemeine Krankenhäuser auf Gemeindeebene, 1.226 Krankenhäuser für traditionel-

le chinesische Medizin, 1.663 Krankenhäuser zur Seuchenverhütung, 1.393 Zentren für die Versorgung von Müttern und Kindern sowie 48.090 öffentliche Gesundheitszentren in Städten und Kleinstädten. 89,7% aller administrativen Dörfer verfügten über eigene Kliniken und im Durchschnitt kam ein Landarzt oder ein Mediziner auf 1,82 Dorfbewohner. Bereits Ende 2000 sollen 95% aller agrarischen Gemeinden die Zielvorgaben der Regierung für die medizinische Versorgung der Bevölkerung erreicht haben. So habe man auch die hygienischen Bedingungen für die Bauern entscheidend verbessern können. Von 1949 bis 2001 sei die Rate der Kindersterblichkeit von 20% auf 3,38% gesenkt worden, die Sterberate von Gebärenden sank von 1,5% auf 0,06% und das Auftreten ansteckender Krankheiten fiel von 20% auf 0,19%. Nicht einmal nach den schweren Fluten von 1998 sei es zum Ausbruch von Epidemien gekommen. Die durchschnittliche Lebenserwartung der Landbevölkerung konnte so von 35 auf 69,55 Jahre erhöht werden.

Was Li nicht erwähnte, sind die starken Einbrüche in der ländlichen Gesundheitsversorgung nach Beginn der Landwirtschaftsreformen 1978 infolge des Wegbrechens kommunaler Einrichtungen. Während in den Städten seit 1986 an dem Aufbau eines sozialen Versicherungssystems gearbeitet wird, ist die Landbevölkerung größtenteils auf eigene Anstrengungen und gegenseitige Hilfe angewiesen. Diese z.T. desolate Situation spiegeln die von Li genannten „Schwierigkeiten und Probleme“, die er allerdings nicht mehr mit Zahlen untermalte, indirekt wider: nur langsame Steigerungen in den wichtigen Gesundheitsindizes der Landbewohner; eine sich vergrößern- de Lücke in der medizinischen Versorgung zwischen Stadt und Land; nach wie vor relativ häufiges Auftreten ansteckender Krankheiten in einigen Regionen, vor allem armen Gebieten; unzureichende finanzielle Unterstützung für die Verbesserung der z.T. desolaten Gesundheitseinrichtungen; ungenügende Vorsorgemaßnahmen; medizinische Dienstleistungen von relativ geringer Qualität, die kaum geeignet sind, die Gesundheit der Bauern zu erhalten; eine öffentliche Verwaltung, die der Probleme nicht Herr werden

kann; und damit eine große Zahl von Bauern, die ihren niedrigen Lebensstandard aus gesundheitlichen Gründen nicht überwinden können. Damit aber – hier wies Li auf den zentralen Ansatzpunkt hin – stehe die Verbesserung der Gesundheitsversorgung in unmittelbarem Zusammenhang mit dem Erhalt sozialer Stabilität im ländlichen Raum.

Das Hauptproblem in Chinas landwirtschaftlicher Entwicklung sei das zu langsame Anwachsen der bäuerlichen Einkommen. Hier setzten viele ländliche Reformmaßnahmen an. Doch solange es keine Verbesserung der medizinischen Versorgung und der gesundheitlichen Bedingungen der Bauern gebe und solange sie nicht im Falle von Krankheiten mit sofortiger medizinischer Behandlung rechnen könnten, müssten alle Pläne für eine schnelle Überwindung der Armut und Verbesserung des Lebensstandards weit nach unten korrigiert werden. Die Verbesserung der Gesundheitsversorgung müsse daher unbedingt zeitgleich mit anderen Reformen zur Steigerung der landwirtschaftlichen Produktivität erfolgen. Nur wenn der Krankenstand und die extremen Belastungen der Bauern durch Ausgaben für die Wiederherstellung ihrer Gesundheit schnell gesenkt würden, könnte krankheitsbedingte Armut überwunden und könnten die Einkommen der Bauern gesteigert werden. Dies würde zu einer größeren sozialen Stabilität im ländlichen Raum führen, was wiederum Grundlage für soziale Stabilität in der ganzen chinesischen Gesellschaft sei. Ohne verstärkte staatliche Hilfe würden die Bauern sich weiterhin in Religion flüchten und Wunderheilern vertrauen. Eine erfolgreiche Gesundheitsarbeit auf dem Lande, so Li, würde die politische Macht der Partei auf dem Lande konsolidieren helfen. Das heißt, die Verbesserung der medizinischen Versorgung sei nicht allein eine wirtschaftliche und soziale Angelegenheit, sondern von großer politischer Bedeutung.

Im zweiten, dem Hauptteil seiner Rede nannte Li neun Maßnahmbündel: Erstens müsse das Prinzip gelten „Vorsorge an erster Stelle“. In einigen Gebieten Chinas sei eine Vielzahl ansteckender Krankheiten wie Hepatitis B oder Tuberkulose immer noch nicht

unter Kontrolle gebracht worden; hinzu kämen neue Krankheiten wie AIDS. Alle diese Bedrohungen könnten nur verringert werden, wenn vorbeugende Maßnahmen in den Vordergrund gestellt und mit entsprechenden Behandlungsmethoden kombiniert würden. Von der Bevölkerung selbst bis zu den Parteikomitees und Regierungsstellen müssten alle daran arbeiten, den Ausbruch und die Verbreitung ansteckender, endemischer und Berufskrankheiten zu vermeiden.

Zweitens müssten die öffentlichen Gesundheitszentren in den Kleinstädten reformiert werden, die eine Schlüsselrolle im ländlichen Versorgungsnetz spielten. Diese Reform stehe in engem Zusammenhang mit der Strukturreform der ländlichen Verwaltung. In ihrem Zuge sollte es zu einer Konzentration der Zentren und damit auch zu einer Reduktion der finanziellen Aufwendungen sowie des Aufgabenspektrums kommen; vor allem in ärmeren Gebieten sollten die Ressourcen gebündelt werden, um die Versorgungsqualität zu erhöhen. Auch sollten die Zentren eindeutig der öffentlichen Verwaltung unterstellt werden. Und schließlich sollten die Leiter der Zentren mittels öffentlicher Ausschreibungen ermittelt werden.

Drittens müssten die infrastrukturellen Bedingungen der Gesundheitseinrichtungen an der Basis entscheidend verbessert werden. Sie seien vielfach in baufälligen Gebäuden untergebracht und seien mit veralteten und unbrauchbaren Ausrüstungen ausgestattet. Zur Verbesserung dieser Situation müssten die Regierungen auf allen Ebenen ihre finanzielle Unterstützung erhöhen.

Viertens müsse die Ausbildung des medizinischen Personals verbessert werden. Dafür müsse aber das gesamte Ausbildungssystem reformiert und auf die Bedürfnisse der ländlichen Versorgung angepasst werden, angefangen von der Ausrichtung der medizinischen Ausbildungsstätten über die Curricula bis hin zu den Prüfungen und nicht zuletzt Fort- und Weiterbildungsmöglichkeiten. Die Versorgung mit besser ausgebildetem Personal müsse begleitet werden von der Entlassung unfähiger Kräfte und der Reduzierung überflüssigen und unterqualifizierten Personals. Zur Unter-

stützung der Landbevölkerung sollten städtische Einrichtungen ihre Dienste auf das Land ausdehnen und städtische Mediziner sollten zum Erwerb von Arbeitserfahrungen für ein Jahr oder länger auf dem Lande praktizieren. Dies würde auch ihre Karrierechancen erhöhen, so weit sie ihren ländlichen Dienst tatsächlich und nicht nur formal ausübten.

Fünftens müsse ein neuer Typ eines kooperativen ländlichen Gesundheitssystems und eines Systems medizinischer Hilfe errichtet werden. Mit dieser angekündigten Maßnahme reagiert die Regierung auf den Zusammenbruch der ländlichen Gesundheitsversorgung, die zu untragbaren Belastungen der Bauernfamilien geführt hat. Deren Einzelleistungen und gegenseitige Hilfsmaßnahmen sollen nun von der Regierung „unterstützt und angeleitet“ werden. Zentraler Punkt ist dabei der Aufbau von Fonds zur Ermöglichung größerer Zahlungen bei Krankenhausaufenthalten oder teurer Medikation. In dieses neue System sollten alle Bauern einbezogen werden, allerdings – so betonte Li wohl angesichts vielfacher Erfahrungen – nicht unter Rückgriff auf Zwang und Kommandieren. Die Versuche zum Aufbau eines solchen Systems sollten im Jahr 2003 in ausgewählten Gemeinden beginnen; nach Auswertung der Erfahrungen könne dann spätestens ab 2010 ein umfassendes Versorgungssystem für die ländlichen Gebiete Form annehmen. Zugleich sollten vor allem mit Regierungsgeldern Hilfsfonds für die Versorgung armer Familien geschaffen werden.

Sechstens müsse die Arbeit der Verwaltungsstellen für die kooperative medizinische Versorgung verbessert werden. Der Staatsrat habe die Einrichtung dieser Verwaltungsstellen beschlossen, nun müssten kompetente Institutionen geschaffen und fähiges Personal eingesetzt werden, um deren ordentlichen und effizienten Betrieb zu gewährleisten. In diesem Zusammenhang sei es notwendig, die Kontrolle der Verwendung von Fonds zu stärken und strikte Prüfungen vorzunehmen, um den verbreiteten Missbrauch der Gelder und ihre Abzweigung für andere Zwecke wirkungsvoll zu verhindern. Unter Verantwortung der lokalen Volkskongresse sollten Personen aller sozialen Schichten und Bauern

die Aufsicht über die Fonds ausüben und deren Verwendung transparent machen.

Siebtens müssten die Regierungen ihre finanziellen Zuwendungen an die Bauern ausweiten. Dies sei die Voraussetzung für die Schaffung eines Versorgungssystems neuen Typus. Der Transfer zentraler Finanzmittel sei erforderlich, um die Hilfsfonds für arme Familien bzw. Familien in armen Gebieten adäquat zu vergrößern. Ab 2003 sollen jedes Jahr pro Person durchschnittlich 10 Yuan an zentralen Geldern und noch einmal mindestens die gleiche Summe aus lokalen Kassen gezahlt werden, und zwar an alle Bauern, die an der neuen kooperativen medizinischen Versorgung in Zentral- und Westchina teilnehmen. Voraussetzung dafür sei allerdings die Zahlung der vollen Prämie durch die einzelnen Bauern. Auch würden keine Zahlungen an lokale Fonds erfolgen, die nicht lokal gebildet worden seien. Nicht eingeschlossen in diese Zahlungen seien die Bewohner von Städten, diese müssten von den Lokalregierungen versorgt werden.

Achtens sei es erforderlich, einen mobilen medizinischen Dienst einzurichten, so könnten die Städte ihre Unterstützung für ländliche Gebiet, das Militär seine Hilfe für nicht militärische Bereiche und die östlichen Regionen ihren Beitrag für die Versorgung der westlichen Regionen leisten. Mobile Dienste seien auch geeignet, die Bauern in Armutsgemeinden zu versorgen, die keinen Zugang zu medizinischen Einrichtungen haben.

Neuntens schließlich müsse die Kontrolle über den Arzneimittelmarkt verstärkt werden, um sowohl die ungenügende Versorgung mit Medikamenten zu verbessern als auch das bestehende Chaos auf diesem Markt zu beseitigen. So sollten z.B. die städtischen pharmazeutischen Institutionen ihre Dienste in den ländlichen Raum ausdehnen. Zugleich sollte allerdings auch die traditionelle Medizin angemessen gefördert werden. Und nicht zuletzt sollte die Kontrolle über die Produktion und den Verkauf von Pestiziden und Rattengiften verstärkt werden (s. die Übersicht zu Selbstmorden in China).

Im dritten Teil seiner Rede ging Li dann auf die Verantwortung von Par-

tei und Regierung bei der Umsetzung der Maßnahmen ein und wies darauf hin, dass die lokalen Partei- und Regierungskader vielfach ein ungenügendes Bewusstsein von der Bedeutung der Gesundheitsprobleme hätten. Sie würden es zwar als ihre Aufgabe ansehen, die wirtschaftliche Entwicklung zu fördern, würden die Gesundheitsarbeit allerdings als dazu scheinbar im Widerspruch stehend vernachlässigen. Andere würden meinen, die Gesundheitsversorgung müsse über den Markt gelöst werden. Insofern betonte er noch einmal die Notwendigkeit, seitens der Regierungen mehr Geld zur Verfügung zu stellen. Auch müssten entsprechende Pläne zur Umsetzung der Maßnahmen in die Gesamtplanung zur wirtschaftlichen und sozialen Entwicklung integriert werden. Aber auch an zentraler Stelle müsse es Veränderungen geben. Verantwortlich sei zwar das Ministerium für öffentliche Gesundheit, es müssten aber in enger Koordination auch alle anderen betroffenen Abteilungen (Planung, Finanzen und Steuern, Landwirtschaft, Arbeit und Beschäftigung, Bildung, öffentliche Angelegenheiten, Familie, Drogenkontrolle, Armutsbekämpfung) in die Arbeit einbezogen werden.

In der Entschließung von ZK und Staatsrat werden auch einige konkrete Ziele genannt, die zur Verbesserung der ländlichen Gesundheitsversorgung bis zum Jahre 2010 erreicht werden sollen. So sollen über 90% aller Kinder gegen epidemische Krankheiten geimpft worden sein; 95% der Gemeinden sollen moderne Maßnahmen gegen Tuberkulose verwirklicht haben; 75% der Kleinstädte sollen HIV-Infizierten und an AIDS Erkrankten angemessene Hilfe anbieten können; und durch verbesserte medizinische Einrichtungen für Schwangere und Gebärende soll die Sterblichkeit bei Geburten um 25% gegenüber 2000 gesenkt werden, die Kindersterblichkeit um 20%. Die Versorgung der Landbewohner mit Leitungswasser soll ebenso ausgeweitet werden wie die Kenntnisse über Hygiene und Reinhaltung.

Die Provinz Hebei hat unterdessen angekündigt, Neugeborene ab dem 1.12.2002 kostenlos auch gegen Hepatitis B impfen zu lassen. Bereits jetzt gebe es zahlreiche kostenlose Impfungen, u.a. gegen Masern und Tu-

berkulose. Durch Hepatitis B würden jährlich in China 500.000 Menschen infiziert, ein Viertel aller Infektionen weltweit. Derzeit gebe es in China über 20 Mio. Hepatitis B-Träger. (XNA, 21.11.02) -gs-

18 Gigantisches Wasserbauprojekt angekündigt

Der Norden Chinas leidet permanent unter Wasserknappheit, Tianjin z.B. verzeichnet im sechsten Jahr in Folge zu große Trockenheit. Nach Angaben von *China Daily* leiden zwei Drittel der 600 chinesischen Städte unter chronischem Wassermangel, die dadurch verursachten wirtschaftlichen Verluste liegen bei 14,5 Mrd. US\$ jährlich. Die Städte versuchen diese Verluste durch Rationierungen oder den Verkauf von entsalztem Meerwasser zu reduzieren, haben damit aber nur auf Randbereiche des Wasserverbrauchs Einfluss. Die Hälfte des Wassers wird in der Industrie verbraucht und weitere 30% wird in Toiletten weggespült. Mit der wachsenden Bevölkerung werden die Pro-Kopf-Ressourcen an Wasser laut Warnungen der staatlichen Medien im Jahre 2030 bei 1.760 Kubikmeter liegen, nur knapp über der internationalen Marke für Wasserarmut von 1.700 Kubikmetern.

Diesem Zustand soll das weltgrößte Wasserbauprojekt abhelfen, das der stellvertretende Minister für Wasserbau Zhang Jiyao am 26. November auf einer Pressekonferenz in Beijing angekündigte und das noch auf Ideen von Mao Zedong basieren soll. Das South-North Cross-Country Water-Transfer Project soll im Ergebnis im Jahre 2050 44,8 Mrd. Kubikmeter Wasser in drei Kanälen nach Norden transportieren – nach anderen Angaben 48 Mrd. Kubikmeter, so viel wie durch New Yorks Wasserhähne innerhalb eines Vierteljahrhunderts fließt. Die drei Kanäle sollen in drei Bauphasen vollendet werden. In der ersten Phase sollen zwei Abschnitte des östlichen Kanals in den Provinzen Jiangsu und Shandong entstehen und als Ausgangspunkt für den mittleren Kanal das Danjiangkou-Reservoir in der Provinz Hubei aufgestaut werden. Ab 2005 soll Shandong dann über den östlichen Kanal mit Yangzi-Wasser ver-

sorgt werden, Beijing über den mittleren Kanal ab 2010. Allein für die erste Phase wird über einen Zeitraum von zehn Jahren mit Kosten in Höhe von 18,7 Mrd. US\$ gerechnet, die Kosten des gesamten Projekts werden nach jetzigen Berechnungen mehr als doppelt so hoch wie die erwarteten Kosten für den Drei-Schluchten-Staudamm in Höhe von knapp 22 Mrd. US\$ liegen. Das Gesamtprojekt, dessen dritter Kanal entlang der Berge des tibetischen Plateaus geführt werden soll, wird nicht vor 2050 vollendet sein.

Laut Zhang werden besonders die Städte Beijing und Tianjin sowie die Provinzen Hebei, Shandong, Henan und Jiangsu von dem Wasserprojekt profitieren. Obwohl gerade hier wichtige Anbauzentren für Getreide und Baumwolle seien, verfüge die Region in den Tälern der Flüsse Huanghe, Huaihe und Haihe nur über 7,2% der landesweiten Wasserressourcen. Pro-Kopf sei dies nur ein Fünftel des chinesischen Durchschnitts. Der dort gegenwärtig auf 14,5-21 Mrd. Kubikmeter Wasser geschätzte Mangel könne nach einem Forschungsbericht bis 2010 auf 28 Mrd. und bis 2030 auf 32-39,5 Mrd. Kubikmeter steigen.

Mit Hilfe begleitender Projekte soll auch die Wasserqualität verbessert werden, wobei Experten allerdings vor einer rapiden Zunahme der Verschmutzung durch das Anlegen von Wasserreservoirs warnen, da die geringere Strömungsgeschwindigkeit die Selbstreinigungskräfte hemmen wird. Die Verunreinigung der chinesischen Flüsse stellt in der Tat ein riesiges Problem dar. In den nächsten sieben Jahren sollen z.B. 39,2 Mrd. Yuan RMB in die Säuberung des Yangzi investiert werden. Vor allem die Kontrolle des Gebietes um den Staudamm und den Oberlauf des Flusses soll intensiviert werden.

Das Kanalprojekt soll zu 20% von der Regierung, zu 45% über Bankkredite und zu 35% durch erhöhte Wassergebühren finanziert werden. Neben den Umweltbedenken konzentriert sich die meiste Kritik derzeit auf den möglichen Anstieg der Wasserpreise. Zur Beruhigung der Bevölkerung erklärte der stellvertretende Minister Zhang gegenüber der Xinhua Nachrichtenagentur, die Preise würden nur um 20-

70 Fen pro Kubikmeter steigen. Allerdings könnte es lokal zu weiteren Preiserhöhungen kommen, wenn der Ausbau, die Erhaltung und der Betrieb des Rohrleitungssystems dies erforderlich mache. Experten gehen daher auch von einer möglichen Verdoppelung der Preise aus, die derzeit allerdings auch sehr niedrig sind, was den Wasserverbrauch nicht gerade einschränkt. (ST, 22., 26., 30.11.02; XNA, 26.11.02; RMRM engl. online, 27.11.02) -gs-

19 Gesetz über Privatschulen vertagt

Das Ständige Komitee des Nationalen Volkskongresses hat die Verabschiedung eines Gesetzes zur Förderung von Privatschulen (*minban jiaoyu cunjia fa*) vertagt, nachdem dies bereits zweimal behandelt worden war (drei Beratungsrunden sind vorgeschrieben). Das Gesetz, das zum „weiteren Studium“ zurückgestellt wurde, zielt darauf ab, die Attraktivität von Investitionen in den privaten Bildungsbereich zu erhöhen und somit den dringend notwendigen Ausbau der Bildung zu fördern. Nach offiziellen Statistiken lernten Ende 2000 bereits über 10 Mio. chinesischer Schüler in mehr als 60.000 nicht staatlichen Schulen. Die legale Absicherung dieser Einrichtungen scheint daher dringend geboten.

Attraktiver sollten private Bildungsinvestitionen vor allem durch die Ermöglichung von Gewinnen werden, die allerdings ebenso wie Fragen des Eigentums an den Vermögenswerten der Schulen und der Gleichstellung öffentlicher und nicht öffentlicher Schulen Gegenstand heftiger Debatten waren. Das chinesische Erziehungsgesetz verbietet es jeder Organisation und Privatperson, eine Schule oder eine andere Bildungseinrichtung zum Zwecke des Profits zu führen. Das neue Gesetz sah im ersten Entwurf vor, dass Eigentümer nach Abzug der Kosten und der vorgeschriebenen Gebühren „angemessene Gewinne“ einbehalten dürften. Nach der zweiten Beratung war dies in „angemessene Kompensationen“ aus Überschüssen aus dem Schulbetrieb geändert worden. Überschüsse aus dem Schulbetrieb, so wurde argumentiert, seien nicht das Er-

gebnis profitmotivierter Handlungen. Befürworter von Gewinnen verwiesen demgegenüber darauf, dass jede Art von Investition entsprechenden Gewinn erwarte. Die Presseberichte enthalten keine Hinweise darauf, dass auch staatliche Schulen die Eltern immer stärker zur Kasse bitten, z.B. durch exorbitante Ausgleichszahlungen für knapp verfehlte Prüfungsergebnisse.

Um die Motivation von Geldgebern geht es auch bei dem Eigentum an schulischen Vermögenswerten. Hier war die Frage, ob im Falle des Bankrotts diese Werte nach Liquidation aller Schulden beim Investor blieben oder – wie in der zweiten Beratungsrunde festgelegt – staatlich verwaltet der Unterstützung der nicht öffentlichen Bildung dienen sollten. Kritiker der Neuformulierung verwiesen darauf, dass Investoren so zu bloßen Sponsoren würden, was ihrem Enthusiasmus sicherlich nicht förderlich sei. (XNA, 26., 30.10.02; RMRB online, 25.10.02) -gs-

20 Entwicklung der chinesischen Medien

Vom 5. bis zum 7. November hielt der Internationale Rat des Museums für Television und Radio seine 7. Jahrestagung in Beijing ab. Der Rat war 1995 für das seit 1975 bestehende Museum gegründet worden und hatte bisher nur außerhalb Asiens in Rom, Berlin, Madrid, Paris, London und Wien getagt. Im Mittelpunkt des Treffens standen die Fragen der Globalisierung der Medienindustrie, des Verhältnisses von staatseigenen zu privaten Medieninstitutionen und die Entwicklung von Werbung und Unternehmen in der Ära digitaler Kommunikation.

Die chinesischen Vertreter konnten auf eine rasche Entwicklung des Medienwesens in China zurückblicken. So sei die Zahl der Buchpublikationen von 1997 bis 2001 um 28,7% auf 154.526 gestiegen, die Anzahl der Periodika im gleichen Zeitraum um 37,7% auf 8.889. An Zeitungen seien in 2001 2.111 herausgegeben worden, ein Anstieg gegenüber 1997 um 22,1% – wobei zugleich darauf verwiesen wurde, dass ihr chaotisches Wachstum unter Kontrolle gebracht worden sei. Das jährliche Volumen an audiovisuellem Ma-

terial sei von rund 100 Mio. Disks Mitte der 1990er Jahre auf über 280 Mio. Disks in 2001 angewachsen. Mehr als ein Fünftel der 10.000 chinesischen Medienorganisationen seien bis Ende 2000 mit eigenen Seiten online gegangen. Das chinesische Fernsehen und der Rundfunk erreichten ein Publikum von einer Milliarde Menschen, wobei das Fernsehnetz erstmals für ausländische Sender geöffnet wurde. Star TV, zu Rupert Murdochs News Corporation gehörend, eröffnete Ende März 2002 einen Unterhaltungskanal in der Provinz Guangdong. Umgekehrt wurde einem englischen Kanal des chinesischen Senders China Central TV von der News Corporation der Zutritt zum US-amerikanischen Markt ermöglicht.

Die große Aufmerksamkeit, die seitens der chinesischen Politik dem Thema gewidmet wird, machte auch eine Rede von Staatspräsident Jiang Zemin deutlich, der dem Austausch und der Kooperation zwischen den internationalen Mediengemeinschaften eine wichtige Rolle bei der Förderung des wechselseitigen Verständnisses von Menschen aller Nationen beimaß. Auch der stellvertretende Ministerpräsident Li Lanqing betonte diesen Aspekt. Nach Chinas Beitritt zur WTO und angesichts seiner weiteren Öffnung nach außen müsse die Kommunikation zwischen China und der Welt verbessert werden. Damit wies er auf ein zentrales Problem für die chinesische Medienpolitik hin, die zunehmende Konkurrenz durch große ausländische Medienkonzerne. China versucht, darauf mit der Schaffung großer Mediengruppen zu antworten. Vor allem im Bereich der Nachrichtenpublikationen wurden eine Reihe von Verlagsgruppen geschaffen. So wurde z.B. aus 38 Publikationen die Guangzhou Daily News Group gebildet, 7 Verlage schlossen sich zur China Publishing Group zusammen und 5 Vertriebshäuser gründeten die Jiangsu Xinhua Distributing Group. Ziel der Gruppen ist es nicht zuletzt, Skalenerträge zu erzielen. (XNA, 6., 7.11.02; RMRB online, 6.11.02, nach FBIS-CHI, 6.11.02; RMRB engl. online, 8.11.02) -gs-

21 Ausbau des Internets und seiner Kontrolle

Die chinesische Regierung will die Nutzung des Internets in China vor allem durch die weitere Entwicklung von Software in chinesischer Sprache, von Informationsressourcen und Datenbanken fördern. Dies kündigte der Minister für Informationsindustrie Wu Jichuan (MII) am 25. November bei der Eröffnung von Chinas erster Internetkonferenz an. Mehr digitale Bibliotheken und digitale Museen sollen den Chinesen den Zugang zu traditioneller Kultur, moderner Technologie und fremden Kulturen erleichtern. Für diese Entwicklung, so Wu, habe der gerade abgeschlossene XVI. Parteitag der KP Chinas gute Voraussetzungen geschaffen, habe er doch den Ausbau der Informationsindustrie als Grundlage des wirtschaftlichen Fortschritts befürwortet. Der Verkauf von Software und Informationsdienstleistungen werde nach Schätzungen des MII im Jahre 2005 ein Volumen von 36,5 Mrd. US\$ erreichen, mit einem jährlichen Wachstum von über 30%.

Der Direktor für Telekommunikation im MII Su Jinsheng nannte für Ende September 2002 die Zahl von 54,35 Mio. Internetnutzern und 20,56 Mio. Computer seien mit dem Netz verbunden. Die Internetindustrie habe 2001 Geschäfte im Umfang von ca. 840 Mio. US\$ getätigt, darin eingeschlossen 566 Mio. US\$ für Internetdienste und 64 Mio. US\$ für Onlinewerbung und E-Shopping.

Minister Wu verwies allerdings auch auf Probleme: Ressourcen in chinesischer Sprache entsprächen nicht den Bedürfnissen des chinesischen Volkes, die Sicherheit des Internets sei nicht zufrieden stellend und die Kriminalität unter Nutzung des Internets nähme zu. Zur Behebung dieser Probleme kündigte er verstärkte Bemühungen der Regierung zum Aufbau einer vollständigen Internet-Industrie sowie zur Errichtung eines landesweiten effizienten und verlässlichen Systems der Informationssicherheit an. (RMRB online, 26.11.02)

Dass es dabei nicht nur um die Abwehr von Virenattacken geht, haben auch die Bemühungen der chinesischen Regierung in der Vergangenheit gezeigt, die Nutzung des Internets in China

zu kontrollieren. So wurden im Juni d.J. nach einem Brand Internetcafes in Beijing und anderen Teilen des Landes geschlossen (vgl. C.a., 2002/6, Ü 15 sowie C.a., 2002/9, Ü 13). Anfang November kündigte die Provinzregierung Jiangxis an, den Zugang zu Internetcafes nur noch mit Smartcards zu erlauben. Alle Nutzer müssen sich danach künftig unter Angabe ihrer persönlichen Daten (Name, Alter, Anschrift) registrieren lassen. Die Informationen werden in einer Datenbank gespeichert, die von Polizeicomputern auszulesen ist. Der Nutzer erhält eine Smartcard mit seinen Angaben, die ihm zur Authentifizierung für den Zugang zum Internet dient, da sie bei Start des Programms am Terminal eingelesen werden muss. Jugendliche unter 16 Jahren sollen keine Karte erhalten, für die Nutzer über 16 Jahre gibt es Karten in Gelb (16-18 Jahre) und Blau (über 18). Über 200.000 Nutzer sollen zum Zeitpunkt des Berichts die Karte, die 10 Yuan RMB kostet, bereits gekauft haben. Das System soll in den meisten der 3.200 Webbars in Jiangxi bereits installiert worden sein. (XNA, 4.11.02)

Die Mehrzahl der Surfer dürfte allerdings vom heimischen PC oder vom Arbeitsplatz aus ins Internet gehen. Sie werden auf anderen Wegen kontrolliert bzw. Seiten fremder Medien oder von religiösen und Menschenrechtsgruppen sollen von vornherein blockiert werden. Dass diese Kontrollversuche nicht immer erfolgreich sind, wurde auf dem Weltinternetkongress deutlich, der Ende Oktober in Shanghai stattfand. Im November 2000 hatte die US-Firma VeriSign Inc., die Internet-Adressen mit den Endungen „com“ und „org“ verwaltet, angekündigt, auch Adressen in chinesischen, japanischen und koreanischen Zeichen registrieren zu wollen; das war Ausdruck der Bemühungen, das Netz über den englischsprachigen Raum hinaus besser nutzbar zu machen. Die chinesische Regierung hatte daraufhin bei der „Internetbehörde“ Ican protestiert und das Recht zur Ausgabe von Adressen mit chinesischen Zeichen für sich reklamiert; begründet wurde dies u.a. mit der speziellen kulturellen und historischen Bedeutung von Domainnamen mit chinesischen Schriftzeichen. Zugleich wurde ein Computersystem angekündigt, das geeignet

wäre, den weltweiten Netzverkehr zu unterbrechen. Nutzer befürchteten darüber hinaus, dass durch die Vergabe von Adressen in China bereits vorhandene Domainnamen dupliziert werden könnten – ein Problem, das mit der unterschiedlichen Nutzung von Kurz- und Langzeichen in China und auf Taiwan ohnehin bereits gegeben ist und seitens des Taiwan Network Information Center auf 20% der dot-com Namen geschätzt wird. Auf der Konferenz in Shanghai erklärte nun Hu Qiheng, Vorsitzende der staatlichen Internet Society of China, es gebe derzeit keine Pläne zur Störung der Integrität des Internets durch die Infragestellung seiner Kernkomponente – des zentral verwalteten Systems von Domainnamen. Beijing wolle weiterhin nur die auf „.cn“ endenden Adressen registrieren. Tatsächlich hatten Fachleute bisher keine chinesischen Aktivitäten im Hinblick auf chinesischsprachige Registrierungen feststellen können, allerdings schließen sie auch nicht aus, dass es nach wie vor entsprechende Pläne gibt, zumal es bei der Registrierung um viel Geld geht. VeriSign hat nach eigenen Angaben bisher rund eine Million Adressen in Schriftzeichen genehmigt, davon die meisten in Chinesisch, und für jede Registrierung 6 US\$ eingenommen. (WSJ, 30.10.02) -gs-

22 Erstes Hilfszentrum für Suizidgefährdete eröffnet

Erstmals in China wurde in Beijing am Huilongguan-Krankenhaus ein Hilfszentrum für Suizidgefährdete eingerichtet und am 26. November in einer informellen Veranstaltung vorgestellt; die offizielle Eröffnung am 3. Dezember wird im Rahmen einer dreitägigen Tagung stattfinden (RMRB engl. online, 29.11.02). Das Zentrum wird rund um die Uhr geöffnet sein, ab Januar sollen eine Hotline und eine Website eingerichtet sein. Von drei Hongkonger Fachleuten und zwei psychiatrischen Spezialisten aus den USA ausgebildet werden 16 Beschäftigte Suizidgefährdete beraten und betreuen, die sich direkt an das Zentrum wenden können oder von drei anderen Beijinger Krankenhäusern vermittelt werden, mit denen entsprechende Vereinbarungen getroffen wurden. Mit

Einrichtung der Hotline wird das Personal noch erweitert.

Das Huilongguan-Krankenhaus ist bekannt für seine Studien zum Thema Suizid, für das Zentrum hat es ein Extragebäude eingerichtet. Von der Stadtregierung wurden für die Arbeit, die auch weitere Forschung einschließen soll, 2 Mio. Yuan RMB zur Verfügung gestellt. Die Betreiber hoffen, dass andere Krankenhäuser in China dem Beispiel folgen werden. Bisher sind entsprechende vorbeugende Einrichtungen in China nicht vorhanden, nur in Shanghai gibt es eine Hotline in den Abendstunden und Gesprächsangebote; in der Regel werden Patienten mit Medikamenten behandelt.

China hat eine relativ hohe Selbstmordrate. Laut XNA begehen pro Jahr von je 100.000 Einwohnern 22 Selbstmord und damit mehr als in Kanada, den USA oder Großbritannien. WHO-Schätzungen nennen sogar 33 von 100.000 Personen (s.u.). Angesichts dieser Zahlen wurde auch in der chinesischen Forschung verstärkt Gewicht auf den Suizid gelegt (SCMP, 25., 27.11.02; ST, 30.11.02).

Im März 2002 veröffentlichte die britische Zeitschrift *Lancet* einen Beitrag, an dem auch Mediziner des Huilongguan-Krankenhauses mitgewirkt haben (Michael R. Phillips, Xianyun Li, Yanping Zhang, „Suicide rates in China, 1995-99“, in: *Lancet*, (2002) 359, S.813-814, 835-840). Danach töteten sich, basierend auf Regierungsdaten, in den Jahren von 1995 bis 1999 ca. 287.000 Menschen pro Jahr selbst. Bei Männern und Frauen im Alter von 15 bis 34 war Suizid mit 19% die häufigste Todesursache. Insgesamt sei es aber schwierig, genaue Zahlen zu ermitteln, u.a. weil es in China kein entsprechendes Registrierungssystem gebe.

China weist im Vergleich zu anderen Ländern deutliche Unterschiede auf. So nehmen sich wesentlich mehr Frauen das Leben als Männer, ihre Suizidrate ist um 25% höher. Dies kann auf die hohe Zahl von Selbstmorden bei jungen Frauen auf dem Lande zurückgeführt werden. Ohnehin töten sich Landbewohner dreimal häufiger als Stadtbewohner. „Einmalig“ ist dabei der große Sprung zwischen den älteren Menschen in Stadt und Land: Für ältere Chinesen im ländlichen Raum, speziell Frauen, werden nahezu die

höchsten Suizidraten in der Welt gemessen. Die Gründe dafür sind noch nicht endgültig ermittelt, die meisten Erklärungsansätze verweisen auf den niedrigen sozialen Status der Frauen und die begrenzten Entwicklungsmöglichkeiten, vor allem auch durch Armut. Aber die Autoren selbst gehen davon aus, dass diese Umstände auch in anderen Ländern gegeben sind.

Für die Selbstmorde von jungen Frauen wird als Grund u.a. die Vermittlung ungewollter Ehen genannt; Scheidungen oder das Verlassen des Ehepartners würden mit dem Risiko sozialer Stigmatisierung verbunden sein. Ein Risikofaktor anderer Art sei – so ein Bericht auf der Webseite der Harvard-Universität – die gesellschaftliche Akzeptanz von Selbstmorden: Sie gelten als „edler Ausweg“ und nicht als Ergebnis einer psychischen Notlage; hinzu komme, dass die Menschen auf dem Lande sehr leichten Zugang zu Pestiziden haben. Von 519 Selbstmorden, die die Autoren des *Lancet*-Artikels untersucht hatten, waren 62% mittels Agrarchemikalien oder Rattengift begangen worden. Als weitere Gründe für Selbstmorde auch in den Städten werden von ihnen Arbeitslosigkeit und Schulstress durch Druck der Eltern und Scheitern in Prüfungen genannt.

Arbeitslosigkeit, Wettbewerbsdruck und die rasanten Veränderungen der Lebensweise werden von chinesischen Medizinerinnen auch als Gründe für die steigende Zahl von psychischen Erkrankungen genannt, darunter Angstzustände und Depressionen. Über 1,5% der Bevölkerung sei betroffen, wobei die Situation auf dem Lande angesichts praktisch nicht vorhandener Behandlungsmöglichkeiten besonders schlimm sei. Schwer betroffen sei z.B. das südliche Guangdong, wo es nach Angaben der Gesundheitsverantwortlichen der Provinz über 1 Mio. Kranke gebe; davon seien 70% ernsthaft erkrankt, eine Zahl, die jährlich um 300.000 anwachse. (ST, 22.11.02)

Laut WHO wurden 1995 weltweit ca. 900.000 Selbstmorde begangen, bis 2020 wird ein Anstieg auf 1,53 Mio. erwartet (José Manoel Bertolote, Alexandra Fleischmann, „A global perspective in the epidemiology of suicide“, in: *Suicidologi*, 7 (2002) 2, S.6-8; www.med.uio.no/iasp/bertolote.pdf (29.11.02)). Die höchsten Raten wei-

sen die Länder Osteuropas auf. Das Verhältnis von Männern zu Frauen betrug 1995 3,6:1; nur China bildete eine Ausnahme. Ca. 30% aller Suizide in der Welt wurden in China und Indien registriert, wobei die Zahl der Selbstmorde in China um 30% höher liegt als in ganz Europa. Unter Berücksichtigung der Religion werden nahezu keine Selbstmorde in muslimischen Ländern begangen, während ihre Zahl in „atheistischen“ Ländern, zu denen auch China zählt, bei weitem am höchsten ist. -gs-

23 Gewalt in der Ehe

Anlässlich des Internationalen Tages gegen Gewalt in Familien am 25. November wurden von der *Renmin Ribao* (engl. online, 27.11.02) Zahlen aus einer Untersuchung des Allchinesischen Frauenverbandes bekannt gegeben, die von einem Anstieg der Gewalt in Familien berichten. In rund 30% der 270 Mio. chinesischen Familien kommt es danach zu Gewaltakten, von denen 90% von Männern verübt werden. Bei Konflikten zwischen den Ehepartnern kommt es nach Forschungen in den Provinzen Zhejiang, Hunan und Gansu in über 90% der Fälle zu verbalen Angriffen der Ehemänner auf ihre Frauen. Wenn es zu Handgreiflichkeiten komme, dann würden die Männer ihre Frauen in 12,1% der Fälle treten, in 9,7% mit Gegenständen schlagen und sie in 5,8% der Fälle sexuell missbrauchen.

Die Untersuchung trennt zwischen seelischer, körperlicher und sexueller Gewalt und sieht vor allem ein erschreckendes Anwachsen der seelischen Gewalt. Als Grund wird angeführt, dass sie im Gegensatz zur körperlichen Gewaltanwendung schwerer zu entdecken sei. Die Angaben des Frauenverbandes machen besonders deutlich, dass Gewalt in der Ehe keine Frage z.B. eines niedrigen sozialen Standes ist. Im Gegenteil würden Zahlen des Hongfeng Women Psychology Consultation Service Centre in Beijing zeigen, dass 64% der Täter zumindest eine Hochschule besucht hätten; von ihnen haben 5% sogar einen Masters-Abschluss oder einen Doktorgrad.

Trotzdem sind in Beijing nur 4% der Scheidungen mit Gewaltakten begründet, in Shanghai sogar nur 2%. Auf

dem Vormarsch seien dort, so berichtet Xinhua, vielmehr Scheidungen wegen Untreue. Insgesamt sei die Scheidungsrate in Shanghai von 0,027% in den späten 70er Jahren auf 0,486% in 2001 gestiegen. Sie sei damit 2,5-mal höher als der Landesdurchschnitt. Über 40% der Scheidungen seien mit der Untreue des Ehepartners begründet. Shanghai, so sagen Eheberater, sei in Fragen von Sex und Ehe eine konservative Stadt; nur 5% der Bewohner würden Umfragen nach den außerehelichen Sex billigen, 75% seien strikt dagegen. -gs-

Außenwirtschaft

24 China vereinbart Zeitplan für Freihandelszone mit der ASEAN

Beim Wettlauf um eine Freihandelszone mit der Gemeinschaft Südostasiatischer Staaten (ASEAN) ist China Mitbewerbern wie Japan und den USA einen Schritt voraus, seit am 4. November 2002 beim 8. ASEAN-Gipfel in Phnom Penh das „Framework Agreement on Comprehensive Economic Co-operation between the Association of South East Asian Nations and the People's Republic of China“ unterzeichnet wurde (Volltext in englischer Sprache auf der Homepage des Sekretariats, <http://www.asean.or.id/13196.htm>). Eine aus der ASEAN und China bestehende Freihandelszone wäre mit einer Bevölkerung von 1,7 Mrd. Menschen die weltweit größte. Erste konkrete Verhandlungen über Zollsenkungen und nichttarifäre Handelshemmnisse beim Güterhandel „sollen Anfang 2003 beginnen und bis zum 30. Juni 2004 abgeschlossen sein, um eine ASEAN-China Freihandelszone zu errichten, die ab 2010 den Güterhandel von Brunei, China, Indonesien, Malaysia, den Philippinen, Singapur und Thailand, und ab 2015 den der neueren ASEAN-Mitglieder umfasst“ (Art. 8). Für den Dienstleistungshandel wurde lediglich der Beginn von Verhandlungen im kommenden Jahr vereinbart.

Der Verhandlungsprozess ist in verschiedene Ebenen aufgliedert, an-

gefangen mit dem „Early Harvest“-Programm, das in bereits festgelegten Schritten die Abschaffung der Zölle auf die meisten Agrarprodukte mit Ausnahme von Reis und Palmöl vom 1. Januar 2004 bis zum 1. Januar 2006 vorsieht. Für alle anderen Produkte, die unter den „Normal Track“ fallen, muss die Reduzierung von Handelshemmnissen noch vereinbart werden. Die Implementierung des „Normal Track“ beginnt am 1. Januar 2005 und endet für die oben erwähnten ASEAN-6 im Jahr 2010. Andere ASEAN-Mitglieder haben fünf Jahre länger Zeit für die Umsetzung der zu vereinbarenden Maßnahmen. Schließlich gibt es den „Sensitive Track“, der es Staaten ermöglicht, für einzelne Produkte besondere Fristen auszuhandeln. Die Anzahl der Ausnahmen soll dabei begrenzt bleiben.

In einem Beitrag für das *Asian Wall Street Journal* schrieb ASEAN-Generalsekretär Rodolfo Severino, entgegen der allgemeinen Erwartung habe seine Organisation sich trotz der Konkurrenz mit China um Exportmärkte und ausländische Direktinvestitionen nicht für eine defensive Strategie entschieden, sondern die Einbindung und gegenseitige Marktöffnung gewählt. (AWSJ, 6.11.02) Eine Studie des ASEAN-Sekretariats erwartet aufgrund der Freihandelszone mit der Volksrepublik einen Anstieg der Exporte nach China um 48% und eine Zunahme der Einfuhren in die südostasiatische Gemeinschaft um 55%. Es wäre ein Wachstum von niedrigem Niveau aus, denn bislang gehen lediglich 3% der ASEAN-Gesamtexporte nach China und nur 5% der Gesamtimporte stammen aus der Volksrepublik. Im Jahr 2001 hatte der gesamte Handel zwischen China und der ASEAN einen Wert von 41,62 Mrd. US\$. (FT, 5.11.02; XNA, 12.11.02) Der Handel Chinas mit Südostasien ist viel weniger entwickelt als der Chinas mit dem Rest Ostasiens; allein der Handel mit Taiwan erreichte im vergangenen Jahr ein Volumen von 30 Mrd. US\$. Für Südostasien bleiben die Vereinigten Staaten ein wichtigerer Wirtschaftspartner als China. Der Wert des US-ASEAN-Handels betrug fast 120 Mrd. US\$ und die Gemeinschaft liefert 20% ihrer Exporte in die USA. (IHT, 4.11.02)

Bei der Ausgestaltung der geplanten Freihandelszone mit China könnte es größere Schwierigkeiten geben. Auch ein Scheitern ist angesichts erheblicher Bedenken in einigen südostasiatischen Staaten nicht ausgeschlossen. (FT, 5.11.02) Der frühere philippinische Finanzminister Jesus Estanislao hatte im Vorfeld des Gipfels von Phnom Penh gesagt, ein Rahmenabkommen werde wenig mehr sein als ein „agreement to continue to agree“. Ein Steckenbleiben des Prozesses „sobald die wirklichen Verhandlungen beginnen“ hatte der indonesische Ökonom Hadi Soeastro vorhergesagt. Tatsächlich hatte sich die Vorbereitung des Rahmenabkommens bei fünf Treffen eines gemeinsamen „Trade Negotiating Committee“ in diesem Jahr schwierig gestaltet. Uneinigkeit hatte über den Beginn der zehnjährigen Phase zur Errichtung einer Freihandelszone geherrscht, ebenso über die Elemente des „Early Harvest“. China war nicht zu einseitigen Zugeständnissen bereit und beschränkte darüber hinaus das „Early Harvest“-Programm auf den Güterhandel, während die südostasiatischen Staaten vor allem über nichttarifäre Barrieren im chinesischen Markt besorgt sind. Zugeständnisse Chinas im Agrarbereich seien eher eine Geste des guten Willens, denn mit Reis und Palmöl bleiben Güter ausgeschlossen, die für ASEAN-Staaten von großer Bedeutung sind. (FEER, 31.10.02) Nach Schätzungen von Beobachtern betrifft der erste, schnelle Abbauschritt mit der Zollsenkung bei 600 landwirtschaftlichen Produkten ein Handelsvolumen von gerade einmal 860.000 US\$. (FAZ, 5.11.02) China könnte durch die Agrarvorschläge beabsichtigt haben, entgegenkommender zu wirken als Südkorea und Japan, die ebenfalls an einer Freihandelszone mit der ASEAN interessiert sind. Japan vereinbarte auf dem Gipfel in Phnom Penh eine engere Wirtschaftskooperation mit der ASEAN. (HB, 6.11.02) Auch die USA wollen mit der ASEAN und mit einzelnen Mitgliedsstaaten Verhandlungen über bilaterale und regionale Freihandelsabkommen führen, sagte US-Präsident George Bush Ende Oktober. (IHT, 4.11.02)